

II-303 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesX. Gesetzgebungsperiode

15.4.1964

94/A.B.A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

zu 88/J

des Bundesministers für Finanzen Dr. S c h m i t z
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. N e u g e b a u e r und Genossen,
betreffend indirekte Kürzung der Studienbeihilfen.

-.-.-

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Neugebauer und Genossen vom 4. März 1964 (88/J-NR/1964), betreffend die indirekte Kürzung der Studienbeihilfen, beehre ich mich mitzuteilen:

Die Steuergruppe III des Einkommensteuertarifes wird nach den für die Einkommensteuerbemessung massgebenden Grundsätzen deshalb gewährt, weil vom Steuerpflichtigen der Lebensunterhalt und die Kosten der Erziehung oder Berufsausbildung der Kinder zur Gänze oder überwiegend bestritten werden und dadurch eine Minderung seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit bewirkt wird. Der Anspruch auf Kinderermässigung setzt somit eine tatsächliche und gegenwärtige wirtschaftliche Belastung des Abgabepflichtigen voraus. Fällt diese Belastung weg, besteht keine Veranlassung mehr, ihm eine steuerliche Entlastung in Form einer Kinderermässigung zu gewähren.

Eine Regelung, wonach Beiträge nach dem Studienbeihilfengesetz bei der Beurteilung der Frage, inwieweit Kosten für Unterhalt, Erziehung und Ausbildung durch den Steuerpflichtigen getragen werden, ausser acht zu lassen wären, würde daher den genannten Grundsätzen des Einkommensteuerrechtes widersprechen. Sie würde auch gegen den Grundsatz der Gleichmässigkeit der Besteuerung verstossen und somit verfassungswidrig sein, da für die Gewährung der Kinderermässigung letzten Endes nicht die wirtschaftliche Belastung, sondern nur der Umstand massgeblich wäre, ob die Zuwendungen für den Unterhalt, Erziehung und Ausbildung des Kindes auf Grund des Studienbeihilfengesetzes gewährt werden oder aus anderen Quellen (z.B. Zuwendungen von seiten dritter Personen) stammen.

Das Bundesministerium für Finanzen arbeitet derzeit den Entwurf einer Einkommensteuernovelle 1964 aus, in dem verschiedene in der letzten Zeit auf dem Gebiete des Einkommensteuerrechtes aktuell gewordene Fragen neu geregelt werden sollen. Im Zuge der Beratungen über diesen Entwurf wird zu klären sein, wie der Gesetzgeber trotz der oben angeführten grundsätz-

94/A.B.

- 2 -

zu 88/J

lichen Bedenken gewillt ist, die Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes über die Kinderermässigung so abzuändern, dass die aus dem Grunde der überwiegenden Kostentragung zu gewährende Kinderermässigung auch dann nicht aberkannt werden darf, wenn der Steuerpflichtige wegen des Bezuges einer Studienbeihilfe für sein Kind nicht mehr überwiegend die Kosten der Erziehung und Ausbildung trägt.

-.-.-.-